1939 - 2014 : Sterben für Danzig – Leben für Donezk

Appell polnischer Intellektueller an die Regierungen und Bürger Europas

„Sterben für Danzig?“ Dieser Satz drückte die Haltung Westeuropas gegenüber dem Krieg aus, der vor genau 75 Jahren ausbrach. Dreimal hatten Frankreich und Großbritannien den Diktator Deutschlands ermuntert: Der „Anschluss“ Österreichs, die Besetzung des Sudetenlands und die Zerschlagung der Tschechoslowakei hatten für Hitler und seinen Staat keinerlei schwerwiegende Konsequenzen. Selbst als am 1. September 1939, nach Abschluss des deutsch-sowjetischen Paktes, in Danzig die ersten Schüsse fielen, fanden die Westmächte nur den Mut, einen symbolischen „komischen Krieg“ zu beginnen. Damit haben sie Hitler zum vierten Mal ermuntert. Sie dachten, um den Preis des Sterbens der Stadt Danzig könnten sie ihr eigenes Leben retten. Die – nach Warschau - nächste besetzte Hauptstadt war Paris, und wenig später hagelte es Bomben auf London. Erst dann wurde laut gerufen: „Stop!“ „Nie wieder Krieg!“

Eine solch egoistische und kurzsichtige Politik der Europäer gegenüber einem Aggressor darf sich nicht wiederholen. Die Entwicklung heute und die plötzliche Zunahme der Spannungen erinnern an den Zustand von 1939. Ein aggressiver Staat, Russland, hat ein Gebiet seines kleineren Nachbarn besetzt, die Krim. Präsident Putins Armee und Geheimdienste operieren im Osten der Ukraine, bisher oft incognito. Sie unterstützen Einheiten, die die dortige Bevölkerung terrorisieren, und drohen offen mit einem Einmarsch.

Eine Sache ist allerdings neu gegenüber 1939: In den letzten Jahren, als die westlichen Partner noch an das „menschliche Antlitz“ des Aggressors glaubten, ist es diesem gelungen, viele europäische Politiker und Geschäftsleute in den Bannkreis seiner Interessen zu ziehen. Die damals entstandene Lobby hat die Politik vieler Länder beeinflusst und tut dies weiterhin. Die so entstandene Ostpolitik wurde als „Russia first-“ oder gar als „Russia only-Politik“ bezeichnet. Jetzt liegt sie in Trümmern. Europa braucht dringend eine neue, realistische Ostpolitik.

Daher appellieren wir an unsere Nachbarn und Mitbürger in Europa und ihre Regierungen:

1. Frankreichs Präsident François Hollande steht vor der Versuchung, einen Schritt zu tun, der noch schlimmer wäre als Frankreichs Passivität im Jahre 1939. In den nächsten Wochen will Frankreich als einziges Land Europas dem Aggressor helfen: durch den geplanten Verkauf neuer, großer Schlacht- und Landungsschiffe des Typs „Mistral“. Frankreich hatte diese Zusammenarbeit schon 2010 aufgenommen und schon damals

viele Proteste ausgelöst. Der vorige Präsident Nicolas Sarkozy hatte sie regelmäßig mit den Worten „Der Kalte Krieg ist vorbei“ abgeschmettert. Jetzt hat ein heißer Krieg begonnen; damit ist die Grundlage für die Verwirklichung dieses alten Vertrags entfallen.

Mehrere Politiker haben bereits vorgeschlagen, Frankreich solle die Schiffe der Nato oder der EU verkaufen. Sollte Präsident Hollande seine Meinung nicht bald ändern, sollten ihn die Bürger Europas mit einem Boykott französischer Waren überzeugen. Frankreich muss das Land der europäischen Freiheit bleiben und seiner großen Tradition die Treue bewahren.

2. Die Bundesrepublik Deutschland hat bereits um das Jahr 1982 begonnen, sich in großem Maßstab von russischem Gas abhängig zu machen. Schon damals haben polnische Intellektuelle, darunter Czesław Miłosz und Leszek Kołakowski, vor neuen Pipelines als potenziellen „Werkzeugen der Erpressung“ Europas gewarnt. Auch die polnischen Präsidenten Aleksander Kwaśniewski und Lech Kaczyński haben darauf hingewiesen. Aber die deutschen Politiker betrachteten die Zusammenarbeit mit den sowjetischen bzw. russischen Machthabern als sehr wertvoll, ob aufgrund des deutschen Schuldkomplexes, ob aufgrund des Glaubens an ein „russisches Wirtschaftswunder“ oder in der Hoffnung auf persönlichen Vorteil. Damit setzten sie zugleich – vielleicht unbewusst – die unselige deutsche Tradition fort, die ihnen nahelegt, im Osten nur mit einem Partner zu sprechen: mit Russland.

In den letzten Jahren haben Firmen des russischen Staates und der Oligarchen in Deutschland immer tiefer Wurzeln geschlagen, vom Energiesektor über das Fußballgeschäft bis in die Tourismusbranche. Deutschland sollte diese Art der Verstrickung, die immer auch politische Einflussnahme nach sich zieht, eindämmen.

3. Alle Europäer und jeder Staat sollten sich an Hilfsaktionen für die bedrohte Ukraine beteiligen. Hunderttausende Flüchtlinge brauchen humanitäre Hilfe. Die Wirtschaft ist durch ungünstige Langzeitverträge mit der russischen Gazprom ausgeblutet. Der bisherige Erdgasmonopolist hatte der Ukraine als einem der ärmsten Kunden den höchsten Gaspreis abverlangt. Die Wirtschaft der Ukraine braucht dringend Hilfe, neue Partner und Investoren. Dies gilt ebenso für die großartige, lebendige Kulturszene, die Medien und Bürgerinitiativen des Landes.

4. Die EU hatte der Ukraine über viele Jahre gesagt, sie habe keine Chance - weder auf Mitgliedschaft noch auf mehr als nur symbolische Unterstützung. Auch die Politik der „Östlichen Partnerschaft“ hat daran wenig geändert; es blieb unklar, ob sie nicht lediglich eine Ersatzpolitik war. Doch plötzlich haben diese Fragen eine Eigendynamik entfaltet, vor allem Dank der unbeugsamen Haltung der ukrainischen Demokraten. Zum ersten Mal in der Geschichte starben Bürger mit der Europafahne in Händen. Sollte Europa ihnen keine Solidarität erweisen? Das würde bedeuten, dass die Werte von 1789, Freiheit und Brüderlichkeit, für dieses Europa bedeutungslos geworden sind.

Die Ukraine hat das Recht, ihr Territorium und ihre Bürger vor einer Aggression von außen zu verteidigen, auch unter Einsatz von Polizei und Armee, auch in den Regionen an der Grenze zu Russland. Dort herrschte, wie im ganzen Land, von 1991 bis 2014

Frieden: Es gab keinen einzigen gewaltsamen Konflikt, auch nicht um die Minderheitenrechte. Aber Wladimir Putin probt jetzt eine neue Art der Aggression und hat die „Hunde des Krieges“ von der Kette gelassen. Er verwandelt die Ukraine in ein Testgelände, wie es Spanien zur Zeit des Bürgerkriegs war. Damals kämpften faschistische Einheiten, von Nazi-Deutschland unterstützt, gegen die Republik. Wer heute Putin nicht „No pasarán“ entgegenruft, macht die Europäische Union und ihre Werte lächerlich und willigt ein, dass die Weltordnung umgestürzt wird.

Niemand weiß, wer Russland in drei Jahren regieren wird. Wir wissen nicht, was mit der heutigen Machtelite geschehen wird, die heute entgegen den Interessen ihres eigenen Volkes diese abenteuerliche Politik betreibt. Wir wissen nur eines: Wer heute weiter „business as usual“ betreibt, der setzt das Leben weiterer tausender Ukrainer und Russen aufs Spiel. Der riskiert weitere Hunderttausende Flüchtlinge und einen Angriff des putinschen Imperialismus auf weitere Länder. Gestern Danzig, heute Donezk: Wir dürfen nicht zulassen, dass Europa auf viele Jahre mit einer offenen, blutenden Wunde lebt.

Gdańsk, 1. 9. 2014

20 Unterzeichner:

Władysław Bartoszewski (als Privatperson, ohne heutige Ämter etc.)

Jacek Dehnel

Inga Iwasiów

Ignacy Karpowicz

Wojciech Kuczok

Dorota Masłowska

Zbigniew Mentzel

Tomasz Różycki

Janusz Rudnicki

Piotr Sommer

Andrzej Stasiuk

Ziemowit Szczerek

Olga Tokarczuk

Eugeniusz Tkaczyszyn-Dycki

Magdalena Tulli

Agata Tuszyńska

Szczepan Twardoch

Andrzej Wajda

Kazimierz Wóycicki

Krystyna Zachwatowicz

(aus dem Polnischen von Gerhard Gnauck)

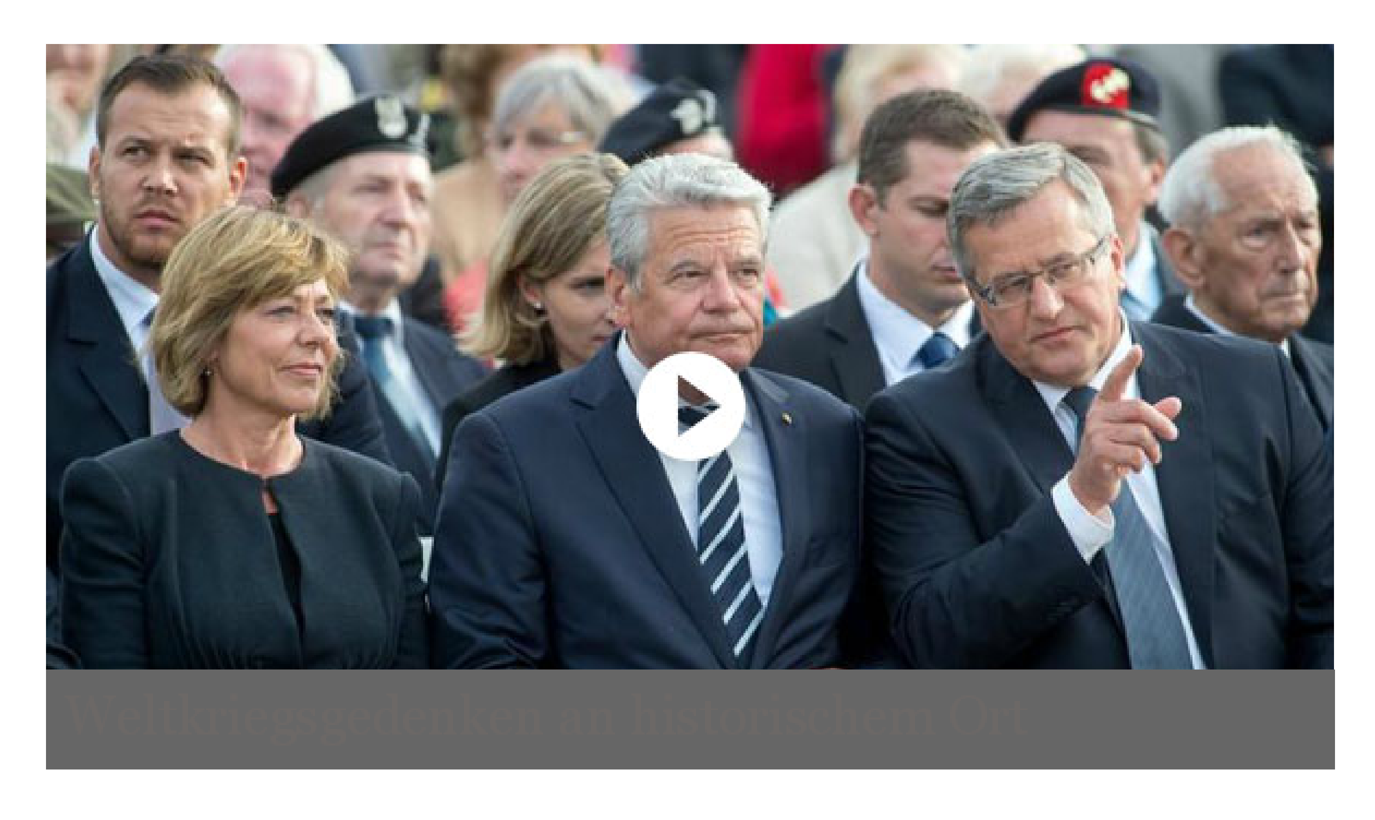


THEMEN

ZWEITER WELTKRIEG

Gauck: Entschlossene Reaktion des Westens auf Ukraine-Konflikt

Der Bundespräsident hat seine Teilnahme an der Gedenkfeier in Danzig zum Weltkriegsbeginn 1939 zu sehr kritischen Worten gegenüber Russland genutzt. Zugleich positionierte Gauck Deutschland fest an der Seite Polens.



Weltkriegsgedenken an historischem Ort

Bundespräsident Joachim Gauck hat eine entschlossene Reaktion des Westens auf die russische Aggression gegen die Ukraine angekündigt. "Wir werden Politik, Wirtschaft und Verteidigungsbereitschaft den neuen Umständen anpassen, sagte er bei der zentralen polnischen Feier zum Gedenken an den deutschen Überfall vor 75 Jahren und den Beginn des Zweiten Weltkriegs. Von Moskau verlangte er bei dem Auftritt mit seinem polnischen Amtskollegen Bronislaw Komorowski auf der Westerplatte bei Danzig (Artikelbild), sich wieder an das Völkerrecht zu halten.

Bereits am frühen Morgen hatte der polnische Regierungschef und künftige Vorsitzende des EU-Rates Donald Tusk dafür plädiert, auf dem NATO-Gipfel in wenigen Tagen das Bündnis zu stärken. "Wenn

wir heute auf die Tragödie der Ukrainer blicken, auf den Krieg im Osten unseres Kontinents, dann wissen wir, dass der September 1939 sich nicht wiederholen darf. Heute ist noch Zeit, denen Einhalt zu gebieten, für die Gewalt zum Arsenal ihres Handelns gehört", sagte er auf dem Gedenkappell auf der Halbinsel Westerplatte um 4.45 Uhr. Zu diesem Zeitpunkt waren am 1. September 1939 die ersten Schüsse des Zweiten Weltkriegs gefallen.



Die Feier am Morgen auf der Westerplatte - dort fielen um 4.45 Uhr vor 75 Jahren die ersten Schüsse des 2. Weltkrieges

Polen und Deutschland Seite an Seite

Gauck sagte, nach dem Fall der Mauer hätten die Europäische Union, die NATO und die Gruppe der großen Industrienationen Russland auf verschiedene Weise integriert. "Diese Partnerschaft ist von Russland de facto aufgekündigt worden." Grundlage der nach wie vor erhofften guten Nachbarschaft müsse eine Rückkehr Russlands «zur Achtung der Prinzipien des Völkerrechts sein." Der Westen stelle sich "jenen entgegen, die internationales Recht brechen, fremdes Territorium annektieren und Abspaltung in fremden Ländern militärisch unterstützen", sagte Gauck. Die Geschichte lehre, "dass territoriale Zugeständnisse den Appetit von Aggressoren oft nur vergrößern".

Polen und Deutschland sieht Gauck Seite an Seite: "Gemeinsam nehmen wir die besondere Verantwortung an, die uns in den Konflikten in unserer Nachbarschaft zugewachsen ist." Komorowski hatte am Wochenende im Deutschlandradio Kultur

DIE REDAKTION EMPFIEHLT

"Die Westerplatte verteidigt immer noch!"

Als die polnische Halbinsel Westerplatte am 1. September vom Deutschen Reich unter Beschuss genommen wird, wehrt sich Polen erbittert. Bis heute ist der Widerstand gegen die Nazis Teil der nationalen Identität. (29.08.2014)

Erinnern an Gleiwitz

Polen gedenkt des Warschauer Aufstands gegen die Nazis

Kommentar: Das Hiroshima Europas

und Deutschlandfunk vor einem neuen russischen "Imperium" und einer Appeasement-Politik des Westens gewarnt. Polen und die baltischen Staaten fordern seit Monaten ein härteres Vorgehen der EU gegen Russland und eine Stärkung der NATO-Ostflanke. Die Staaten der Region sehen in den Konflikten in der Nachbarschaft auch eine Gefährdung der eigenen Sicherheit.

Bei der Feier auf der Westerplatte rief Komorowski zu "Mut und Entschlossenheit" als Lehre aus der Geschichte des Zweiten Weltkriegs auf. Dies gelte gerade angesichts der neuen Bedrohung im Osten Europas. "Vor unseren Augen wird internationales Recht gebrochen", sagte er über den Konflikt in der Ukraine. Komorowski erinnerte an das unermessliche Leid der Menschen im Zweiten Weltkrieg, in dem jeder fünfte Pole getötet wurde. "Unglück und Leid erfuhren nicht nur die Opfer des Überfalls, sondern alle, auch die Täter", sagte er über die Jahre des Krieges. Umso höher sei die Versöhnung der Menschen in Europa und die Zusammenarbeit in einem geeinten Europa zu bewerten.

Im Anschluss an die Feier sprachen Gauck und Komorowski mit deutschen und polnischen Studenten über die Entwicklung der Beziehungen. In Polen kamen im Zweiten Weltkrieg rund sechs Millionen Menschen ums Leben. Die Zahl der Kriegstoten weltweit wird auf rund 60 Millionen geschätzt.

"Gestern Danzig, heute Donezk"

Unter dem Motto "Gestern Danzig, heute Donezk" riefen polnische Intellektuelle und Künstler die Regierungsverantwortlichen in Europa zu einem Kurswechsel gegen Russland auf. "Die gegenwärtige Lage in der Ukraine erinnert an 1939", hieß es in dem in mehreren europäischen Zeitungen veröffentlichtem Schreiben, zu dessen Unterzeichnern unter anderem Ex-Außenminister Wladyslaw Bartoszewski gehört. "Wer heute Politik nach dem Motto 'business as usual' betreibt, riskiert den Tod Tausender Ukrainer und Russen, weitere Hunderttausende Flüchtlinge und den Angriff von Putins Imperialismus auf das nächste Land."

Zwischen der Ukraine und Russland ist nach den Worten des ukrainischen Verteidigungsministerrs Waleri Geletej ein "großer Krieg" ausgebrochen, in dem zehntausende Tote zu befürchten sind. "Ein großer Krieg hat unsere Türschwelle erreicht, wie ihn Europa seit dem Zweiten Weltkrieg nicht mehr gesehen hat", schrieb Geletej auf seiner Facebook-Seite. "Unglücklicherweise werden die Verluste in solch einem Krieg nicht in hunderten, sondern in tausenden und zehntausenden zu bemessen sein."

sti/fab (dpa, epd, kna)

AUDIO UND VIDEO ZUM THEMA

Weltkriegsgedenken an historischem Ort

Datum 01.09.2014

Themenseiten Polen, Krim-Krise, Ukraine, Russland, NATO, Wladimir Putin

Schlagwörter Polen, Zweiter Weltkrieg, Gauck, Danzig, Westerplatte, Tusk, Komorowski, Ukraine, Russland, NATO

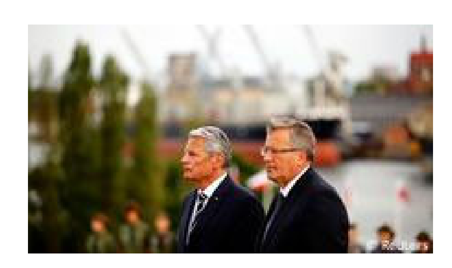
Teilen Versenden Facebook Twitter google+ mehr ...

Feedback: Schreiben Sie uns!

Drucken Seite drucken

Permalink http://dw.de/p/1D4vO

MEHR ZUM THEMA



Tag des Kriegsbeginns: Gedenken und Angst

01.09.2014

Polen erinnert an den deutschen Angriff auf die Westerplatte vor 75 Jahren, den Beginn des Zweiten Weltkriegs. Das Vorgehen Russlands in der Ukraine überschattet die Feiern.



© Museum of the Second World War

Gedenken an Beginn des Zweiten Weltkriegs in Polen 31.08.2014

Am 1. September 1939 überfielen deutsche Truppen Polen. Damit begann der Zweite Weltkrieg. Auf einer Gedenkfeier am 75. Jahrestag sprach Ministerpräsident Tusk auf der "Westerplatte" bei Danzig mahnende Worte.



Weltkriegsgedenken an historischem Ort 01.09.2014

Der Staatspräsident Polens und Deutschlands Bundespräsident ehren auf der Westerplatte bei Danzig 60 Millionen Tote - Opfer des Zweiten Weltkriegs. Gauck und Komerowski mahnen angesichts der Ukraine-Krise Stabilität und Frieden in Europa an, mit einer Note an den russischen Präsidenten Putin.

Süddeutsche.de Politik

1. September 2014 17:31 Text zu Gauck-Rede in Danzig

"Die Geschichte lehrt uns, dass ..."

Joachim Gauck erinnert in Danzig an den Beginn des Zweiten Weltkrieges. Ungewöhnlich deutlich kritisiert er Moskau. SZ.de dokumentiert die Ansprache des Bundespräsidenten.

Manuskript der Rede von Bundespräsident Joachim Gauck zum Ausbruch des Zweiten Weltkriegs am 1. September 2014 in Danzig/Polen.

"Heute dürfte es in Deutschland nur noch wenige Menschen geben, die persönliche Schuld für die Verbrechen des NS-Staates tragen. Ich selbst war gerade fünf Jahre alt, als der Krieg zu Ende ging. Aber als Nachfahre einer Generation, die brutale Verbrechen begangen oder geduldet hat, und als Nachfahre eines Staates, der Menschen ihr Menschsein absprach, empfinde ich tiefe Scham und tiefes Mitgefühl mit jenen, die unter Deutschen gelitten haben. Für mich, für uns, für alle Nachgeborenen in Deutschland, erwächst aus der Schuld von gestern eine besondere Verantwortung für heute und morgen.

Wenn die Beziehungen zwischen Völkern so tief von Unrecht und Schmerz, von Arroganz und Demütigung geprägt waren wie bei Deutschen und Polen, ist eine Entfeindung alles andere als selbstverständlich. Die Annäherung zwischen unseren Völkern kommt mir daher wie ein Wunder vor.



Video

Zweiter Weltkrieg Vor 75 Jahren überfiel Deutschland das Nachbarland Polen

Am 1.September 1939 griffen Soldaten der deutschen Wehrmacht Polen an.

(Video: Reuters, Foto: Scherl/SZ Photo)

Um dieses Wunder Wirklichkeit werden zu lassen, brauchte und braucht es Menschen, die politische Vernunft und einen starken Willen einbringen. Politische Vernunft, um weiter den Weg zu beschreiten, den Westeuropa 1950 mit der Schaffung einer europäischen Völkerfamilie begann und nach 1989 gemeinsam mit Mittel- und Osteuropa fortsetzte. Ferner den starken Willen, die schmerzhafte Vergangenheit wohl zu erinnern, aber letztlich doch hinter sich zu lassen - um einer gemeinsamen Zukunft willen.

Ich kenne die langen Schatten, mit denen Leid und Unrecht die Seelen der Menschen verdunkeln. Ich weiß, dass Leid betrauert werden will und Unrecht nach ausgleichender Gerechtigkeit ruft. Deshalb brauchen wir weiter den aufrichtigen Umgang mit der Vergangenheit, der nichts verschweigt und nichts beschönigt und den Opfern Anerkennung zuteilwerden lässt. Ich weiß allerdings auch, dass Wunden nicht heilen können, wenn Groll und Ressentiment die Versöhnung mit der neuen Wirklichkeit verhindern und dem Menschen die Zukunft rauben.

Um eben dieser Menschen willen dürfen wir altem und neuem Nationalismus keinen Raum geben. Um eben dieser Zukunft willen lassen Sie uns weiter vereint das friedliche und demokratische Europa bauen und mit Dankbarkeit an jene Deutsche und Polen erinnern, die schon früh aufeinander zugingen: Mutige Menschen in den evangelischen und katholischen Kirchen, in der Aktion Sühnezeichen, unter den Intellektuellen beider Länder. Gerade wir Deutsche werden nicht den Kniefall von Willy Brandt in Warschau vergessen, jene Demutsgeste, mit der er um Vergebung für die deutschen Verbrechen im Zweiten Weltkrieg bat. In unserer Erinnerung bleibt auch die Umarmung von Bundeskanzler Helmut Kohl und Premierminister Tadeusz Mazowiecki im schlesischen Kreisau - nur drei Tage nach dem Fall der Mauer 1989. Auf berührende Weise symbolisierte sie das Ende von Feindschaft, Misstrauen und Krieg und den Wunsch nach Verständigung und Aussöhnung.



Bahr über Brandts Kniefall – "Plötzlich wurde es ganz still"

Als sich vor genau fünf Jahren hier auf der Westerplatte 20 europäische Staats- und Regierungschefs versammelten und gemeinsam der Gräuel des Zweiten Weltkriegs gedachten, sahen wir uns auf dem Weg zu einem Kontinent der Freiheit und des Friedens. Wir glaubten und wollten daran glauben, dass auch Russland, das Land von Tolstoi und Dostojewski, Teil des gemeinsamen Europa werden könne. Wir glaubten und wollten daran glauben, dass politische und ökonomische Reformen unseren Nachbarn im Osten der Europäischen Union annähern und die Übernahme universeller Werte in gemeinsame Institutionen münden würden.

Wohl niemand hat damals geahnt, wie dünn das politische Eis war, auf dem wir uns bewegten. Wie irrig der Glaube, die Wahrung von Stabilität und Frieden habe endgültig Vorrang gewonnen gegenüber Machtstreben. Und so war es ein Schock, als wir mit der Tatsache konfrontiert wurden, dass am Rande von Europa wieder eine kriegerische Auseinandersetzung geführt wird. Eine kriegerische Auseinandersetzung um neue Grenzen und um eine neue Ordnung. Ja, es ist eine Tatsache: Stabilität und Frieden auf unserem Kontinent sind wieder in Gefahr.

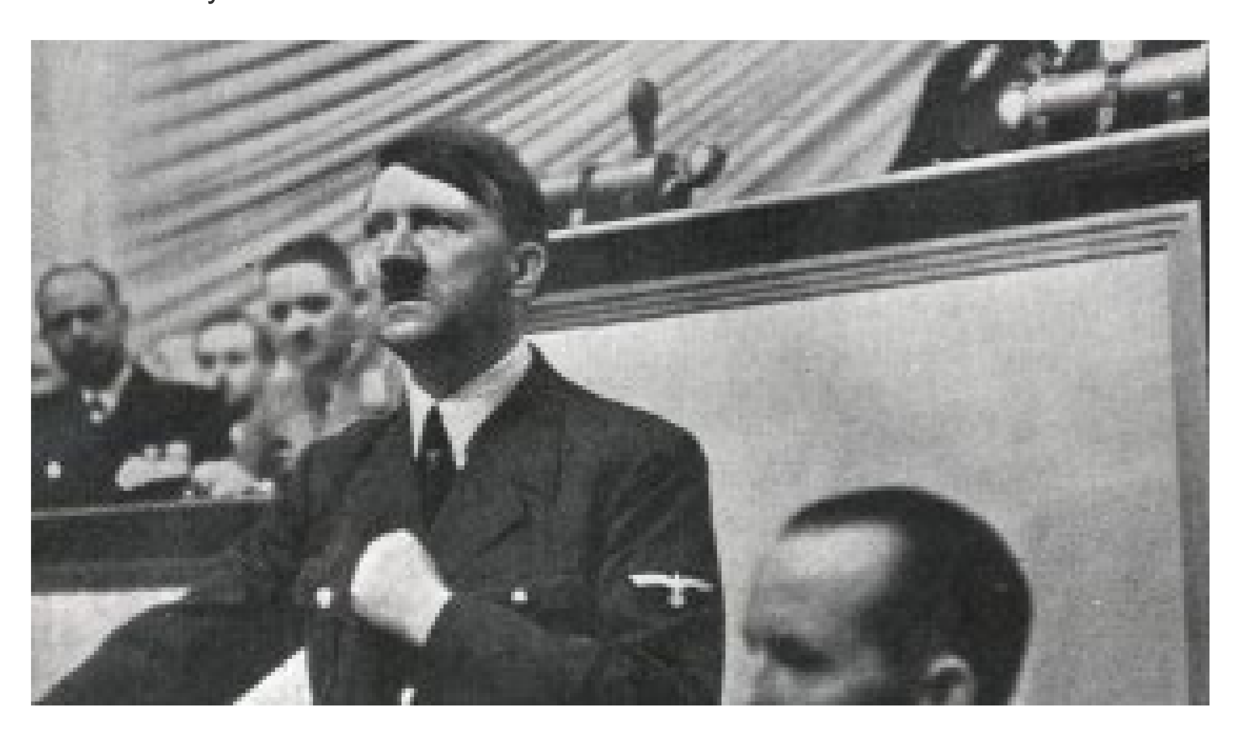
Nach dem Fall der Mauer hatten die Europäische Union, die Nato und die Gruppe der großen Industrienationen jeweils besondere Beziehungen zu Russland entwickelt und das Land auf verschiedene Weise integriert. Diese Partnerschaft ist von Russland de facto aufgekündigt worden. Wir wünschen uns auch in Zukunft Partnerschaft und gute Nachbarschaft. Aber die Grundlage muss eine Änderung der russischen Politik und eine Rückkehr zur Achtung der Prinzipien des Völkerrechts sein.

Weil wir am Recht festhalten, es stärken und nicht dulden, dass es durch das Recht des Stärkeren ersetzen wird, stellen wir uns jenen entgegen, die internationales Recht brechen, fremdes Territorium annektieren und Abspaltung in fremden

Ländern militärisch unterstützen. Und deshalb stehen wir ein für jene Werte, denen wir unser freiheitliches und friedliches Zusammenleben verdanken. Wir werden Politik, Wirtschaft und Verteidigungsbereitschaft den neuen Umständen anpassen. Die Europäische Union und die Vereinigten Staaten lassen sich in diesen Grundfragen nicht auseinanderdividieren, auch nicht in Zukunft.

Die Geschichte lehrt uns, dass territoriale Zugeständnisse den Appetit von Aggressoren oft nur vergrößern. Die Geschichte lehrt uns aber auch, dass aus unkontrollierter Eskalation eine Dynamik entstehen kann, die sich irgendwann der Steuerung entzieht. Deshalb strebt Deutschland - wie die ganze Europäische Union - nach einer deeskalierenden Außen- und Sicherheitspolitik, die Prinzipienfestigkeit mit Kompromissfähigkeit, Entschiedenheit mit Elastizität verbindet - und die imstande ist, einer Aggression Einhalt zu gebieten ohne politische Auswege zu verstellen.

Europa steht vor neuen, vor großen Herausforderungen. Was wir augenblicklich erleben ist die Erosion alter Ordnungen und das Aufflackern neuer Formen von Gewalt an unserer Peripherie. Das gilt auch für den Nahen Osten und Nordafrika. Nur an wenigen Orten führte der Arabische Frühling zu Demokratie und Stabilität, vielerorts halten die Unruhen und Machtkämpfe an. Starken Einfluss gewannen islamistische Gruppen, besonders gewalttätige Fundamentalisten setzten sich in Teilen von Syrien und im Irak durch.







Überfall auf Polen vor 75 Jahren Wie vor Danzig der Zweite Weltkrieg begann

Im Unterschied zu früheren Rebellionen geht es diesen Gruppen nicht um einen Machtwechsel in nationalstaatlichem Rahmen. Sie sind viel radikaler und zielen auf die Errichtung eines terroristischen Kalifats im arabischen Raum. Fanatisierte und brutalisierte Männer und Frauen aus unterschiedlichen Ländern missbrauchen die Religion und die Moral, um alle zu verfolgen und unter Umständen zu ermorden, die sich ihnen widersetzen - Muslime ebenso wie Andersgläubige. Unsere westlichen Städte und Staaten halten sie für Orte der Verderbnis. Die aus der Aufklärung erwachsene Gesellschaftsform der Demokratie wird von ihnen bekämpft und die Universalität der Menschenrechte geleugnet.

Bilder

Verhinderung wie Bekämpfung dieses Terrorismus liegen ganz existentiell im gemeinsamen Interesse der Staatengemeinschaft und damit Europas. Erstens wegen der geographischen Nähe: Die Flüchtlinge aus dem Nahen Osten kommen zu uns nach Europa, und die Terroristen werben neue Rekruten auch in unseren Staaten an. Zweitens, weil der Konflikt unsere europäischen Länder erreichen kann. Nicht auszuschließen ist, dass auch europäische Staaten zum Ziel islamistischer Angriffe werden.

Wenn wir den heutigen Jahrestag hier auf der Westerplatte gemeinsam begehen, so konfrontieren wir uns nicht nur mit dem, wozu Menschen im Zweiten Weltkrieg fähig waren. Wir konfrontieren uns auch ganz bewusst mit dem, wozu Menschen heute fähig sind.



Militärstrategie So wappnet sich die Nato gegen Russland

Angesichts der Ukraine-Krise fordern die Nato-Staaten im Osten mehr Schutz vor Russland. Massive Truppenstationierungen sind keine Option. Deshalb will das Militärbündnis nun seine Reaktionsgeschwindigkeit erhöhen.

Ja, uns führt heute das Gedenken zusammen. Aber genauso stehen wir angesichts der aktuellen Bedrohungen zusammen. Niemand sollte daran zweifeln: Deutsche und Polen stehen beieinander und ziehen am selben Strang. Gemeinsam nehmen wir die besondere Verantwortung an, die uns in den Konflikten in unserer Nachbarschaft zugewachsen ist. Wir handeln entsprechend und engagieren uns für friedliche Lösungen.

Auch die Europäische Union muss angesichts der neuen Herausforderungen zusammenstehen. Nur gemeinsam können wir das demokratische und friedliche Europa der Zukunft bauen. Und nur gemeinsam können wir es verteidigen."

Der Text wurde vorab vom Bundespräsidialamt veröffentlicht.



Joachim Gaucks Russland-Schelte Der unbesonnene Präsident

Bundespräsident Joachim Gauck rüstet verbal auf - gegen Russland. Dabei hat Gauck vor kurzem - in Frankreich - die Partnerschaft mit ehemaligen Feinden angemahnt. Die 30 Millionen sowjetischen Kriegsopfer erwähnt er mit keinem Wort. Das ist nicht klug. Kommentar

Video